

SYMPOSIUM
1985 – 2015 – 2045

Mutmaßungen über die Zukunft
der Jugendarbeit

Symposium 1985 – 2015 – 2045
Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit
2015

Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der EKHN

Impressum

September 2016

Auflage 250

Redaktion: Ulla Taplik,
Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung

Gestaltung: boos+goeckel, konzept | design | medien

Druckerei Eckoldt, Ingelheim



Fachbereich

Kinder und Jugend

im Zentrum Bildung der EKHN

Erbacherstraße 17

64287 Darmstadt

Ulla Taplik

Tel.: 06151-6690-130

Fax: 06151-6690-119

www.ev-jugendarbeit-ekhn.de

Inhalt

Vorwort	
■ <i>Symposium 1985 – 2015 – 2045 – Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit</i>	7
Ulla Taplik, Grundsatzreferentin	
■ <i>„Wie geht es weiter? Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit“</i>	9
Prof. Dr. Richard Münchmeier	
■ <i>„Bildungsprozesse im Kontext der globalisierten Migrationsgesellschaft – Perspektiven diskriminierungskritischer Jugendarbeit“</i>	17
Prof. Dr. Astrid Messerschmidt	
■ <i>„Erwartungen der Jugend an ihre Evangelische Kirche in Hessen und Nassau“</i>	22
Jasmin Meister und Noah Kretzschel, Vorsitzende der Selbstvertretungsstruktur der Ev. Jugend in der EKHN, der ejhn	

Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit – Symposium 1985 – 2015 – 2045

Die kleine Broschüre mit dem Titel „Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit – Symposium 1985 – 2015 – 2045“ dokumentiert einem spannenden Fachtag mit anregenden Beiträgen, vielen Ideen und Debatten.

30 Jahre Jugendarbeit waren Anlass innezuhalten und dem „Kommenden zu lauschen“ wie Carl-Otto Scharmer sagt.

Eigentlich so sagt man, lernen wir aus der Vergangenheit: Wir werten unsere Erfahrungen aus, ziehen daraus Konsequenzen und planen neues Handeln.

Ich glaube, es geht auch nicht ohne dies.

Aber „Wie kommt dieses Neue in die Welt?“

Auf der Suche nach möglichen Antworten bin ich u.a. auf Carl-Otto Scharmer gestoßen, ein deutscher Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT Boston).

Er hatte beobachtet, wie stark wir unbewusst in unseren Wahrnehmungen, Ideen und Aktionen von der eigenen Vergangenheit dirigiert werden. Gewohnheiten werden zu Strukturen, die wiederum Gewohnheiten hervorbringen – das Alte reproduziert sich. Wer Neues hervorbringen will, so seine These, sollte nicht dem Gewesenen, sondern dem Kommenden lauschen. Das gefällt mir. Für Veränderungsprozesse entwickelte er die Theorie „U“, den Weg dorthin nennt er Presensing.

Was meint das?

Drei Öffnungen sind notwendig, sagt er, um wirklich Neues überhaupt „reinzulassen“, die Öffnung des Denkens, des Fühlens und des Wollens.

Das Symposium hat eingeladen dazu, dass Öffnung gelingen kann, indem wir Vertrautes anschauen und bereit sind „Neues“ reinzulassen.

Diese Suchbewegung wurde unterstützt durch unsere Referentinnen und Referenten, deren Beiträge hier dokumentiert sind.



Prof. Dr. Richard Münchmeier, „Wie geht es weiter? Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit“, an dessen Vortrag wir unseren Veranstaltungstitel „Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit“ angelehnt haben.

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, „Bildungsprozesse im Kontext der globalisierten Migrationsgesellschaft – Perspektiven diskriminierungskritischer Jugendarbeit“. Die Aktualität ihres Vortrags zur globalisierten Migrationsgesellschaft wird von den aktuellen Ereignissen fast überrollt und weist auf massive Herausforderungen hin, die auch vor der Jugendarbeit stehen

Dr. Franz Grubauer, „Bilder der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau von ihrer Jugend heute“, mit seinen Gedanken zu den Handlungsoptionen von Jugend in ihrer Kirche (nicht dokumentiert)

Und die beiden Vorsitzenden der Selbstvertretungsstruktur der Ev. Jugend in der EKHN, der ejhn **Jasmin Meister** und **Noah Kretzschel**, „Erwartungen der Jugend an ihre Evangelische Kirche in Hessen und Nassau“, die uns einladen ihre Perspektive auf die Kirche und das was Jugendliche von ihr brauchen, wünschen und fordern, nachzuvollziehen.

Dr. Katrin Valentin (Universität Erlangen) führte als Moderatorin durch den Tag, Das Symposium hat das Interesse mit mehr als 50 Teilnehmer*innen geweckt, die im Anschluss die Thesen aus den Referaten angeregt debattierten.

Diese Dokumentation steht als Download zur Verfügung:

www.ev-jugendarbeit-ekhn.de/1518.0.html

Ich wünsche Ihnen allen gute Anregungen beim Bilanzieren und Öffnen für das Neue.



Ulla Taplik
Grundsatzreferentin

Richard Münchmeier

Wie geht es weiter? Mutmaßungen über die Zukunft der Jugendarbeit

Ausgangslage

In den vergangenen 40 Jahren ist Jugendarbeit zu einer etablierten Infrastruktur des Jugendalters, einer anerkannten Ressource des Heranwachsenden geworden. Jedes Nachdenken über ihre Zukunft, alle Problemanzeigen für die weitere Entwicklung sollten sich diese prinzipiell günstige Ausgangssituation vor Augen führen. Betrachtet man etwa das Anwachsen der Einrichtungen, die Zahlen des hauptberuflichen Personals, die Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Hand für Jugendarbeit, die Ausdifferenzierung der Angebote, die Beiträge zu den verschiedenen Bereichen der kulturellen, politischen und sozialen Bildung – dann erweist sich alles in allem – und trotz leichter Schwankungen – die Lage der Jugendarbeit als stabil. Und nicht zuletzt verzeichnen wir heute einen erheblich angewachsenen und verdichteten Stand wissenschaftlichen Wissens über Jugendarbeit (Arbeitskreis G 5 2009)

Dennoch gibt es einige „Strukturprobleme“ der Jugendarbeit, die sie nach wie vor beschäftigen und herausfordern und die immer wieder zum Einfallstor für Destabilisierung und Infragestellung werden (können). Auch diese Bedingungen, die die charakteristischen Besonderheiten dieses Feldes ausmachen

und deshalb nicht einfach überwunden und „abgeschafft“ werden können, müssen im Blick behalten werden. Die wichtigsten dieser Strukturbedingungen sind die folgenden:

- Jugendarbeit hat eine zwar beträchtliche aber doch insgesamt begrenzte Reichweite. Nach Fauser u.a. (2006) erreichen die Angebote der evangelischen Jugendarbeit etwa 11 bis 12% eines Altersjahrgangs. Rechnet man das auf alle Jugendverbände und Angebote der Offenen Jugendarbeit hoch, kann man von einer „Gesamtreichweite“ von 40 – 50% ausgehen. Das ist nicht wenig, zeigt aber doch, dass Jugendarbeit immer wieder um die Beteiligung junger Menschen werben muss; denn die Teilnahme an ihren Angeboten ist „freiwillig“ – und man kann auch ohne Hilfe der Jugendarbeit erfolgreich ein erwachsener und kompetenter Mensch werden.
- Jugendarbeit hat kein Monopol auf Jugendangebote. Sie stand immer schon in der Konkurrenz mit anderen „Anbietern“, heute insbesondere mit kommerziellen und privat-gewerblichen Angeboten. Es ist ein riesiger „Jugendfreizeitmarkt“ entstanden, der von Sport über Kultur, Abenteuer, Reisen bis zu Selbsterfahrungs- und Persönlichkeitstrainings reicht.
- Nach wie vor präsentiert sich Jugendarbeit als heterogenes Feld. Sie ist – gerade weil sie auf dem Engagement einer Vielzahl von Freien Trägern (Jugendverbände, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Kirchen usw.) organisatorisch und inhaltlich vielfältig und für Außenstehende schwer zu überschauen. Einerseits ist sie stolz auf diese Pluralität und sieht darin eine Einlösung des Wunsch- und Wahlrechts, wie das Gesetz es vorsieht. Andererseits schlägt diese Vielfalt um in ein System wechselseitiger Konkurrenz um Teilnehmerinnen und Teilnehmer und begrenzte Fördermittel.

Betrachtet man nun von dieser Ausgangsposition aus gesehen den gesellschaftlichen und politischen Kontext für mögliche Zukunftsentwicklungen im Bereich der Jugendarbeit, fallen besonders die folgenden Problemkonstellationen ins Auge. Weitere wären beliebig anzuführen. Ich beschränke mich aber auf die vier hier genannten, weil sie mir zentraler und relevanter als andere Problemanzeigen erscheinen:

- Folgen der demographischen Entwicklung
- Gewichtsverschiebung innerhalb der Politikdomänen
- Wechsel im Modus politischer Steuerung
- Etablierung eines Bildungsdiskurses als Kompetenzdiskurs.

Folgen der demographischen Entwicklung

Wenn über die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft diskutiert wird, spielt immer auch Jugend eine Rolle. Denn neben einer steigenden Lebenserwartung und neben den nicht ausreichenden Wanderungsgewinnen sind es ja vor allem die abnehmenden Zahlen bei Kindern und Jugendlichen, die ein Ungleichgewicht zwischen den Lebensaltersgruppen hervorrufen und Sorgen für die Zukunft laut werden lassen. Charakteristisch ist allerdings, dass dabei kaum über Jugend als solche, über die durch den demographischen Wandel bewirkten Veränderungen der Jugendphase, ihrer Lebensbedingungen, ihrer biographischen Verläufe und Zukunftschancen diskutiert wird. Vielmehr wird Jugend in diesen Diskursen lediglich als eine Funktion oder eine Randbedingung für die Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen thematisiert. Sie ist ein Faktor in der Wirtschafts-, der Renten-, der Wohnungspolitik, sie wird quantifiziert bei der Berechnung der Markt- und Absatzchancen, des Bedarfs an Lehrern und Studienplätzen usw. Es erscheint deshalb sinnvoll, die Frage nach der demographischen Entwicklung nicht nur als eine Frage nach dem

Arbeitsmarkt oder nach der Altersversorgung zu stellen, sondern auch als Frage nach den darin liegenden Veränderungen der Muster und Strukturen des Heranwachsens, also nach dem Wandel der Lebensverhältnisse Jugendlicher zu verstehen. Erst von da aus lassen sich die jugendpolitischen Herausforderungen des demographischen Wandels nicht nur in ihrer für andere Politikbereiche dienenden Funktion, sondern auch als eigenständige Aufgabe formulieren.

Die Halbierung der Jahrgangsstärken resultiert aus dem Trend zur Verkleinerung der Familie durch das Absinken der Geburtenrate auf nur noch 1,4 Kinder. Aus dem Blick des Jugendsoziologen bedeutet das: wir müssen davon ausgehen, dass Aufwachsen in unserer Gesellschaft für einen großen Teil der nachwachsenden Generation heißen wird, als Einzelkind aufzuwachsen. Über ein Drittel (36%) der Kinder wächst in der BRD heute als Einzelkind auf. Dies muss nicht nur Nachteile haben, es hat aber auch nicht nur Vorteile. Es erfordert auf jeden Fall jugendpolitische Reaktionen. Einzelkinder werden mehr denn je zuvor auf Gleichaltrigenkontakte außerhalb der Familien angewiesen sein, sei es auf Kontakte in den informellen Cliquen, sei es in institutionellen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder auf dem expandierenden Markt kommerzieller Angebote.

Bedeutung und Gewicht innerhalb der Politikdomänen

„Jugend“ war in der Phase der sozialen Modernisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft eine „strategische Gruppe“ (Böhnisch). Sie sollte als Veränderungspotential für das Aufbrechen verkrusteter soziokultureller Verhältnisse, die notwendige Flexibilisierung der Lebensformen, das Aufbrechen starrer Rollenkonzepte (z.B. Geschlechtsrollen), Wertewandel einschließlich der Bereitschaft zur Selbstkon-

trolle („Selbstmanagement“) sorgen, ohne die die Modernisierung der Gesellschaft zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. In der Regierungserklärung von Willy Brandt, 1972, findet sich ein Beispiel solcher an Jugend adressierten Modernisierungspolitik unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen!“. Heute beobachten wir seit zumindest zwanzig Jahren eine Verschiebung der politischen Aufmerksamkeit und der politischen Aktivitäten weg vom Jugendalter (und damit von der Jugendarbeit) zugunsten von Früher Kindheit, Kinderbetreuung, Familien- und Frauenpolitik. Die Fragen der Erwerbsbeteiligung der Frauen, der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit, die Erfordernisse von Kinderbetreuung und der Schaffung von Ganztageeinrichtungen stehen zunehmend im Rampenlicht und damit die Zielgruppen Kinder, Frauen, Familien. Analysiert man, in welchen Feldern die enormen Steigerungen von Finanzen und Personal der Kinder- und Jugendhilfe verausgabt wurden, steht der Ausbau der vorschulischen und frühkindlichen Betreuung ganz oben, gefolgt von Einrichtungen für Familien. Dahinter stecken ökonomische und soziokulturelle Erfordernisse, an denen Sozialpolitik nicht vorbei kann. Aufgrund von veränderte Lebensmodellen und Biografiemustern von Frauen, veränderten Aufgabenverteilungen zwischen Frauen und Männern und nicht zuletzt ökonomischen Erfordernissen, die einer erhöhte Erwerbstätigkeit der Frauen nahe legen, werden die Bereiche Kindheit, Frauen und Familie (neben Senioren und Pflege) zu den wichtigsten Domänen gegenwärtiger Sozialpolitik. Das Jugendalter ist nicht mehr die entscheidende Phase der ökonomischen Integration, in der das Erlangen von ökonomischer Selbstständigkeit, die Ablösung von der Herkunftsfamilie und die Gründung einer eigenen Familie in einer überschaubaren Zeit (in der Regel in den Jahren zwischen dem

20. Und 25. Geburtstag) „synchronisiert“ wurden. Diese Synchronisationsphase hat sich heute in die zweite Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts, nicht selten sogar in die Zeit nach dem 30. Geburtstag verschoben. Man kann das daran erkennen, dass eine nicht kleine Zahl bin dahin finanziell von ihren Altern abhängig bleiben oder noch zu Hause wohnen und das Ereignis der ersten Geburt im Durchschnitt („erst“) ins 29. Oder 30. Lebensjahr fällt. Das alles sind Folgen davon, dass sich die Bildungszeiten enorm verlängert haben. Jugend bedeutet heute für etwa vier Fünftel bis zur Volljährigkeitschwelle: Schülersein.

Global gesehen wird dieses kritische gesellschaftliche Problem verschärft durch die demographische Entwicklung, die ebenfalls den Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lenkt („Nachwuchsproblem“, Geburtenrate), also Kinderinfrastrukturpolitik stimuliert.

Und schließlich hat die Diskussion im Nachgang zu den internationalen Leistungsbilanzstudien bei Schülern (z.B. PISA) das Postulat von „mehr Bildung“ ebenfalls vor allem im Bereich der frühen Kindheit (und nicht in der Jugendphase) gestellt.

Paradigmenwechsel in den Modi politischer Steuerung

Weitere Probleme ergeben sich aus den inzwischen des Öfteren analysierten und beschriebenen Veränderungen der Beziehungen zwischen Staat (öffentlichen Trägern) und freien Trägern. Die Forschung spricht vom „Ende des korporatistischen Systems“ (vgl. z.B. Münder 1998). Je mehr das Gemeinnützigkeitsprivileg durchbrochen, Jugendarbeit und soziale Dienstleistungen für den Markt und freigewerbliche Betätigung geöffnet werden – so wird argumentiert –, desto

weniger sei der Staat auf die korporatistische Aushandlung und Konsensfindung mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren angewiesen, desto weniger sei er folglich daran interessiert, deren (Dach)organisationen und Infrastrukturen auf dem Wege der sog. „institutionellen Förderung“ zu garantieren und die Verbände in das Vorfeld der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einzubinden. Stattdessen bestimmt der Staat/die Politik immer stärker durch Vorabentscheidungen, welche Leistungen oder Funktionen die Freien Träger erbringen sollen und bindet sie an entsprechende Programme. Der Trend geht also weg von der Steuerung durch Strukturentscheidungen und institutioneller Förderung hin zu Programmsteuerung und projektbezogener Förderung. Das verspricht der politischen Entscheidungsebene weitaus größere Flexibilität und v.a. rasche, zeitnahe Entscheidungsmöglichkeiten und ist deshalb zunehmend attraktiv.

Programmsteuerung bedeutet aber problem- und themenbezogene Ausdifferenzierung. Es entsteht ein Druck zur thematischen und methodischen Spezialisierung innerhalb der Jugendarbeit. „Die“ Jugendarbeit wird als Förderungsnehmer zunehmend uninteressant zugunsten von Spezialisten mit programmgerichtetem Spezial-Knowhow. Der bisher übliche „Etikettenwechsel“ klappt zunehmend weniger.

Programmsteuerung bedeutet neue Möglichkeiten, auch kommerzielle Anbieter zu beauftragen. Damit entsteht ein breiteres Feld potentieller Auftragsbewerber, wachsende Konkurrenz mit einem in der Folge erhöhten Druck zur Spezialisierung und Profilbildung. Werden auch in Zukunft wie bisher alle Jugendeinrichtungen oder -verbände mehr oder weniger das Gleiche „Allroundprogramm“ anbieten? Große Verbände können den Druck leichter durch Binnendifferenzierung auffangen. Kleinere tun sich da schwerer.

Könnten die Jugendringe Organisatoren und Koordinatoren einer vielfältigen sozialraumbezogenen Angebotslandschaft sein?

Die trügerische Zukunft des Bildungsverständnisses

Schule und Jugendarbeit haben vieles gemeinsam: Sie unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung, fördern Bildungsprozesse und helfen ihnen bei der Integration in die Gesellschaft. Die Erfahrungen zeigen, dass die Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit erfolgreich und für alle Beteiligten, besonders aber für die Kinder und Jugendlichen, gewinnbringend sein kann. Überall in der Bundesrepublik werden daher gemeinsame Vorhaben und Ziele entwickelt. Der wichtigste Grund dafür liegt in der Feststellung, dass Schule für sich allein mit der Aufgabe überfordert ist, so komplexe, auf die Subjekt- und Persönlichkeitsentwicklung bezogene Bildungsziele einzulösen. Das erweiterte, auf Lebenskompetenz zielende Bildungsverständnis zielt auf Alltagsbewältigung, muss und will sich im Alltag, in der je konkreten Lebenswelt, im Sozialraum bewähren. Deshalb braucht sie als Lern- und Übungsfeld mehr Orte als nur die schulische Bühne. Sie verweist dringlich auf die oben schon genannte Verschränkung der verschiedenen Bildungsorte, vom formalen Ort über die non-formalen bis hin zu den informellen Orten. Sportliche Jugendarbeit ist in dieser Perspektive ein Ensemble von non-formalen und informellen Orten und kann hier Bildungswirkungen befördern, die der Schule traditionell weniger zugänglich sind.

Die Idee der Ganztagschule ist wesentlich dadurch inspiriert, durch geeignete Verschränkungen und Kooperationen diese Vielfalt der Bildungsorte zu einer gemeinsamen Bildungslandschaft zusammenzuführen. Ganztagsbildung wird

deshalb von vielen dem Begriff Ganztagschule vorgezogen. Die Idee von Ganztagsbildung wird freilich nur dann erfolgreich sein, wenn diese Idee nicht einfach als Spar- und Billiglösung umgesetzt wird: vormittags die alte Unterrichtsschule und davon getrennt nachmittags etwas Sozial-, Sport- und Freizeitpädagogik. Vielmehr muss Ganztagschule als ein didaktisches Großprojekt verstanden werden, das Jugendarbeit und Schule gleichermaßen verändert und weiterentwickelt. Nur dann können die Ängste der Jugendarbeit, durch die Eingliederung in den Ganztagsschulbetrieb funktionalisiert und ihrer Eigenständigkeit beraubt zu werden, die Ängste, dass sie den Nachmittag als „ihre“ Bildungszeit verlieren, als unbegründet zurückgewiesen werden.

Die Eigenständigkeit von Jugendarbeit als Bildungspartner beruht letztlich auf einer eigenständigen Bildungstradition. Bildungsprozesse in der Jugendarbeit sind gekennzeichnet durch die Maximen

- Alltagsnähe (Lebensweltbezug),
- flexible Lernformen (Situations- und Bedürfnisorientierung),
- erfahrungsfördernde Felder (Milieuansatz),
- kooperatives Lernen (Vernetzung),
- Förderung von Eigenaktivität (Hilfe zur Selbsthilfe, Selbstorganisation).

Der europäische Bildungsdiskurs, auf den die Jugendarbeit viel Hoffnung gesetzt hat, hat sich verändert. Es geht nicht mehr vordergründig um die abstrakte Unterscheidung von formaler, non-formaler und informeller Bildung, die der Jugendarbeit die Chance zu versprechen schien, sich als Träger non-formaler und informeller Bildung zu empfehlen und zu behaupten. Seit einigen Jahren geht es immer stärker um die Bestimmung und Abgrenzung von Kompetenzdomänen und ihre Übersetzung in Lern- und Trainingsprozesse, die

überprüfbar und vergleichbar sein sollen. Auf die schulische Bildung kommen deshalb immer mehr sog. „Lernstandserhebungen“ zu. Für die Jugendarbeit wird der sog. „Europäische Kompetenzdialog“ der Rahmen, innerhalb dessen sie sich behaupten können muss.

Bildungs- und kommunalpolitisch kommt hinzu, dass Jugendarbeit ihre Kompetenz im Rahmen von lokalen bzw. kommunalen Bildungslandschaften behaupten können muss, also auf Konkurrenten (nicht nur auf Schule) trifft, die sie zwingen, genauer zu sagen, was sie kann und was sie macht.

Der Nachweis der von der Jugendarbeit behaupteten Wirkungen und Leistungen in Richtung Kompetenzerwerb aufseiten der Mitglieder und Teilnehmer dürfte Schwierigkeiten bereiten, eben gerade deshalb weil sie sich im non-formalen und informellen Bereich bewegt. Außerdem versteht sich Jugendarbeit von ihrer Tradition her als lebensweltorientierte, alltagszugewandte Bildung, die einen gestaltungsoffenen Aktionsraum und variable Aneignungsmöglichkeiten anbietet. Giesecke sah gerade darin ihre unverzichtbare Stärke und warnte vor der Gefahr einer Curricularisierung. Das ISS hat 2010 am Beispiel des Jugendfreiwilligendienstes einen Vorschlag für die Erstellung von Kompetenzbilanzen erarbeitet, der vielleicht auch in der Jugendarbeit hilfreich sein kann.

Auf jeden Fall wird es wohl einen wachsenden Druck in Richtung auf fachliche Differenzierung und professionelle Spezialisierung der Jugendarbeit geben. Neben die Generalisten werden zunehmend Spezialisten (für Kulturelle Bildung, für Medien, für Antiaggressionstrainings, für Mediation, für Erlebnispädagogik, für gesellschaftspolitische Aktivierung usw.) treten. Dann entsteht die Frage, wie das Zusammenspiel von Generalisten und Spezialisten organisiert werden könnte. Möglicherweise könnten hier Jugendringe oder lokale Arbeitsgemeinschaften als „Börse“ fungieren.

Jugendarbeit als Beziehungsarbeit

Die Bewältigung von Alltagsproblemen setzt nicht nur materielle und sozialräumliche Ressourcen, sondern gerade im Jugendalter soziale Ressourcen voraus. Gerade junge Menschen sind angesichts der von ihnen zu bewältigenden Entwicklungsaufgaben in hohem Maße auf „Vertrauenspersonen“ angewiesen, mit deren Hilfe sie Handlungsmöglichkeiten entwickeln und Lösungsansätze finden können. Soziale Vernetzung in diesem Sinne ist eine zentrale Bedingung für gelingende Alltagsbewältigung.

Will man wissen, welche Wirksamkeit für Lebensbewältigung Jugendarbeit entfalten kann, darf man deshalb nicht (allein) auf ihre Themen- und Veranstaltungsangebote schauen, sondern muss insbesondere ihr „personales Angebot“ betrachten, d.h. die Kontakt- und Beziehungsmuster, die in ihren Einrichtungen entstehen und im Bedarfsfall aktiviert und genutzt werden können. „'Personales Angebot' ist ein Kernbegriff ... Er verweist darauf, dass es als ein Spezifikum der Jugendarbeit zu verstehen ist, dass sie nicht primär Programme, Apparate, Räume etc. einsetzt, wiewohl solch ein ‚Sachangebot‘ dazu gehört, sondern dass hier Personen arbeiten – als Gesprächspartner, Gruppenmitglieder, Gruppenleiter etc.“ (Heidenreich 1985, S. 293).

Aus der subjektiven Perspektive der jugendlichen Teilnehmer und Teilnehmerinnen betrachtet muss aber davor gewarnt werden, das „personale Angebot“ der Jugendarbeit von den sonstigen personalen Ressourcen ihres Umfelds und ihres Alltags zu trennen oder gar, es auf (haupt- und ehrenamtliche) „MitarbeiterInnen“ zu reduzieren. Zu den „resource persons“ ihres sozialen Netzes gehören selbstverständlich auch die Freunde, die Clique, die Mitglieder der Familie, Partner oder Partnerin, Lehrer und Ausbilder und viele engere oder

weitere Bekannte. Die Übergänge von der „formellen Jugendgruppe“ in die „informellen Bezugsgruppen“ sind fließend (Böhnisch/Münchmeier 2004), und Jugendarbeit ist nur ein Ausschnitt aus dem sozialen Netzwerk. Nicht jedes intentionale, konzeptionelle Angebot der Jugendarbeitsverantwortlichen wird von den Jugendlichen auch genutzt. Dies gilt auch und gerade im Blick auf Vertrauenspersonen für Sorgen und Nöte. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden von den jungen Menschen in besonderer Weise gesehen, wenn sie von ihren Erfahrungen mit dem Freizeitheim berichten. Sie sind für sie wichtig, aber an sie richten sich auch besondere Erwartungen. Wenn es vor allem auf die Koproductivität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ankommt oder sogar auf deren Selbermachen und eigenaktiv Sein, verändern sich die Erwartungen an die Mitarbeitenden und ihre Rolle in den Abläufen: Sie sind weniger Veranstalter, eher Gewährleister, weniger Pädagogen, eher Anreger, weniger Durchführende, eher Unterstützende usw. Dies liegt quer zu traditionellen Vorstellungen vom Pädagoge-Sein und fällt den Betroffenen schwer zu akzeptieren.

Neu freilich ist diese Problematik ganz und gar nicht, vielmehr ein oft beschriebenes Charakteristikum von pädagogischer Arbeit in der Jugendarbeit: „Eine kontinuierliche, planmäßige Arbeit ist nur sehr begrenzt möglich, am ehesten noch mit Gruppen, die sich regelmäßig treffen. Aber auch dann werden die Bedürfnisse der Teilnehmer längeres Verweilen bei einer Sache kaum zulassen. Dies einzusehen, fällt manchen Pädagogen schwer, scheint dadurch doch ihre Arbeit relativ bedeutungslos zu sein. In der Tat muss der in der Jugendarbeit tätige Pädagoge andere Ansprüche an sich stellen und andere Erwartungen an seine Partner haben als etwa ein Lehrer. Der ‚pädagogische Bezug‘ ist jeweils immer

nur von relativ kurzer Dauer, die Partner wechseln häufig, und beides verlangt eine eigentümliche menschliche Einstellung zu den Jugendlichen, um beruflich zufrieden sein zu können“ (Giesecke 1980, S. 153).

Die Rolle der MitarbeiterInnen, besonders der hauptamtlichen, lässt sich nach folgenden Aufgaben zu strukturieren:

- Sie sollen Aktivitäten möglich machen und zulassen, d.h. im weitesten Sinn: Raum, Zeit, Know-how und Unterstützung, Beratung, Feedback anbieten;
- sie sollen die Gruppe bzw. die Jugendeinrichtung, in die sozialen Räume des lokalen und regionalen Umfelds, insbesondere in die überregionalen Möglichkeiten des Verbands vernetzen;
- sie sollen selbstständige Aktivitäten entstehen lassen und unterstützen: Die Aktivitäten der Jugendarbeit müssen keineswegs immer über den Pädagogen laufen oder durch den Jugendarbeiter vermittelt werden. Der Mitarbeiter bzw. die Mitarbeiterin kann gar nicht alles sehen und wahrnehmen, was in der Gruppe bzw. in der Einrichtung geschieht, welche Aktivitäten Jugendliche entfalten, wie sie sich Kinder- und Jugendarbeit aneignen. Sie müssen auch nicht „alles sehen“; ihre Aufgabe besteht darin, Jugendarbeit so zu gestalten, dass sie offen und flexibel bleibt und die selbständigen Aktivitäten Jugendlicher aufnehmen kann.
- Sie sollen Reflexion anregen: Aneignung geschieht erst dort, wo man sich Erfahrungen, Möglichkeiten bewusst macht, sie reflexiv einholt, aus ihnen lernt, sich anhand ihrer neu orientiert. Jugendarbeit muss deshalb ein Angebot zur Reflexion der Erfahrungen Jugendlicher anbieten. Die alte pädagogische Formel von der „reflektierten Gruppe“ lässt sich so aus ihrer gruppenpädagogischen Begrenzung und gruppendedynamischen Formalität lösen

und mit Inhalten füllen. Aus reflektierten Aneignungsprozessen können sich neue Aneignungsschritte speisen und neue „Themen“ entdeckt werden.

Jugendarbeit – Stützpunkt lokaler Jugendkultur

Jugendgruppen – so habe ich versucht, deutlich zu machen – lassen sich nicht einfach nur als „Lernorte“, als Orte sozialen und demokratischen Lernens verstehen, wie es die Tradition der Gruppenpädagogik betont hat. Sie müssen – der Sicht der Jugendlichen folgend – als „Lebensorte“, als alltagsintegrierte Jugendräume verstanden werden. Ihre Besonderheit liegt darin, dass sie Zugänge zu den Möglichkeiten und Ressourcen eines Verbandes (u.U. einer Erwachsenenorganisation) vermitteln, und dass sie in einem regionalen und überregional vernetzten Zusammenhang stehen. So kann die lokale Gruppe in das „Anregungsmilieu“ eines Verbandes einbezogen sein, ohne den Kontakt mit den lokalen Gegebenheiten und Alltagsbedürfnissen ihrer Mitglieder zu verlieren. Dies erhöht die Chancen, dass die situativ „wechselnden Bedeutungen“ und Interessen, die die Jugendlichen in die Gruppe hineinbringen oder über die Gruppe vermittelt auch außerhalb der Gruppentreffen realisieren wollen, auch auf Möglichkeiten, Gelegenheiten, Know-how bereits ausgewertete Erfahrungen anderer usw. stoßen und deshalb besser realisiert werden können. ■

Literatur

- Arbeitskreis G 5 c/o Landesjugendring NRW e.V. (Hrsg.):
Das Wissen zur Kinder- und Jugendarbeit.
Die empirische Forschung 1998-2008.
Ein kommentierter Überblick für die Praxis,
Neuss und Dortmund 2009
- Böhnisch, L./ Münchmeier, R.:
Wozu Jugendarbeit?
Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis.
Weinheim und München, 5. Aufl. 2004
- Fauser, K./Fischer, A./Münchmeier, R.:
Jugendliche als Akteure im Verband (Jugend im Verband 1),
Opladen 2006
- Fend, H.: Entwicklungspsychologie des Jugendalters:
Ein Lehrbuch für pädagogische und psychologische Berufe,
Wiesbaden 2005
- Giesecke, H.:
Die Jugendarbeit, 5. völlig neu bearbeitete Auflage,
München 1980
- Heidenreich, H.:
Mitarbeiter und „Personales Angebot“.
In: Affolderbach, M.: Kirchliche Jugendarbeit in Grundbegriffen,
Düsseldorf und München 1985, S. 293 – 316
- ISS (Hrsg.):
Leitfaden zur Kompetenzbilanz im Freiwilligendienst.
Bundesprogramm „Freiwilligendienste machen kompetent“,
Frankfurt 2010
- Jurczyk, K./Rerrich, M.S. (Hrsg.):
Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der
alltäglichen Lebensführung, Freiburg 1993
- Münder, J:
Von der Subsidiarität über den Korporatismus zum Markt?
In: neue praxis, Heft 1/1998, S. 3 ff

Astrid Messerschmidt

Bildungsprozesse im Kontext der globalisierten Migrationsgesellschaft – Perspektiven diskriminierungskritischer Jugendarbeit

Migration beunruhigt die Bildungsinstitutionen. Aus dem faktischen Alltagsphänomen ist ein diskursives Phänomen von Thematisierungen geworden. Darin taucht immer wieder die Frage auf: „Wer ist Wir“? wie ein Buchtitel von Navid Kermani lautet (Kermani 2009). Zwischen Öffnung und Abwehr trifft diese Frage auf ein Bildungsverständnis, in dem die Imago nationaler und europäischer Identität immer noch zur Selbstvergewisserung eingesetzt wird.

Der Kontext der Migrationsgesellschaft

Weil Migration nicht nur eine Tatsache ist, sondern zugleich diskursiv besetzt und eingesetzt wird, steht der Begriff der Migrations*gesellschaft* zumindest im deutschsprachigen Raum noch nicht für etwas Allgemeines, das alle angeht und mit dem alle gemeint sind. Mit dem Signalwort „Migration“ bietet die Bezeichnung „Migrationsgesellschaft“ immer noch die Gelegenheit, nicht über sich selbst, sondern über andere zu sprechen. Denn obwohl mit diesem Begriff eine Kennzeichnung gegenwärtiger gesellschaftlicher Erfahrungen und weltweiter Normalität angeregt wird, setzt sich eine personifizierende Sicht auf „Migranten/innen“, die nationalkulturell ethnisiert und als „Migrationsandere“ positioniert

werden (Mecheril 2004, S. 36), immer wieder durch. Ihr Anderssein wird untersucht, anstatt die Perspektive zu wechseln und die Prozesse zu betrachten, die Gruppen so anders konstituieren und Differenz vereindeutigen. Migrationsgesellschaftliche Bildungsansätze fragen nach den Bildungsstrukturen und Bildungsbedingungen in einer von Migration geprägten Gesellschaft. Zu diesen Bedingungen gehört das spezifische Problem asymmetrischer Beziehungen beim Sprechen über „Migranten“ (Mecheril/Messerschmidt 2013). Schließlich sprechen hier oftmals Etablierte über Außenseiter, Integrierte über nicht (genügend) Integrierte, Mehrheitszugehörige über Minderheiten. Das gibt dem Diskurs eine spezifische Struktur machtvoller Identifikationen. Erst die Reflexion dieser Struktur ermöglicht es, den Diskurs kritisch zu wenden. Erschwert wird eine Kritik ungleicher sozialer Positionierungen dadurch, dass mit der Denkfigur interkultureller Bildung die Wahrnehmung von Migration gerade in der Pädagogik kulturalisiert worden ist (vgl. Kiesel 1996). Die Kulturalisierung von Migration ist sowohl im erziehungswissenschaftlichen Diskurs wie in der Bildungspraxis erfolgt und erweist sich trotz breiter Kritik als ausgesprochen hartnäckig (vgl. Höhne 2001). Jugendarbeit und Jugendverbände bieten potenziell die Möglichkeit, Migration und „Heterogenität als Normalfall“ (Kalpaka 2006) anzuerkennen. Doch der Normalfall Migration trifft auf die Macht der Nationalität, die nach wie vor das einflussreichste Kriterium für die Zuteilung von Rechten geblieben ist. Demgegenüber dient der Begriff der Migrationsgesellschaft als Konzept, mit dem ein „dritter Raum“ (Bhabha 2000) neben den dualistischen Identifikationen von Deutschen und Eingewanderten artikulierbar wird. Doch ehe überhaupt die Selbstbeschreibung als Einwanderungsgesellschaft etabliert werden konnte, zieht der Begriff

Zuwanderung eine neue Grenze. Mit ihm wird die Rede von einer „Einwanderungsgesellschaft“ vermieden, da mit dieser ein allzu großes Maß an innerer Veränderung signalisiert würde. Demgegenüber bleibt ‚Zuwanderung‘ etwas Äußerliches, dem ein Ankommen im Inneren der Gesellschaft nicht möglich ist. „Jemand, der zuwandert, kann auch schnell wieder abwandern, hat es nicht in die Bevölkerung hinein geschafft (...)“ (Utlu 2011, S. 448, Hervorh. im Original). Solange Migration nicht als innere Wirklichkeit der eigenen Gesellschaft anerkannt wird, bleibt eine migrationsgesellschaftliche Öffnung in der Abwehr jeder Veränderung stecken, obwohl diese Veränderung im gesellschaftlichen Innenraum längst stattgefunden hat.

Zugehörigkeiten, Staatsbürgerschaften und universale Rechte

Durch Migrationen werden die nationalen Ordnungen der Zugehörigkeit in Bewegung gebracht. Die Abwehr dagegen ist gesellschaftlich ausgeprägt, der Wunsch an einem abstammungsorientierten homogenen Konzept von gemeinschaftsbildender Nationalstaatlichkeit festzuhalten, hat sich zumindest in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern nicht erledigt. Doch erst wenn die dominierende Unterscheidung von unhinterfragt Zugehörigen und fremd gemachten Hinzugekommen hinterfragt wird, kann eine „Verschiebung dominanter Zugehörigkeitsordnungen“ (Mecheril 2004, S. 223) in Gang kommen und hat eine „Pädagogik der Mehrfachzugehörigkeit“ (ebd., S. 220) eine Chance, die als politische Pädagogik aufzufassen ist, weil sie konzeptionell die Auseinandersetzung um die Subjekte in der Polis und ihre Rechte provoziert.

Sowohl die Kriterien für Staatsangehörigkeiten sind neu zu

fassen als auch die kulturellen Vorstellungen von gesellschaftlicher Zugehörigkeit sind zu verändern, um zeitgemäße Bedingungen für politische Zugehörigkeit herzustellen (vgl. Benhabib 2008). Seyla Benhabibs demokratietheoretisches Plädoyer zielt auf eine Anerkennung von gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Partizipation. Die freiheitlichen Demokratien sieht Benhabib in einem Dilemma zwischen souveräner Selbstbestimmung und universellen Menschenrechten. Mit ihrem Konzept der „Zugehörigkeitsgerechtigkeit“ folgt sie Kants Idee eines kosmopolitischen Föderalismus (ebd., S. 15) und plädiert für durchlässige Grenzen, um im Sinne Hannah Arendts allen das Recht zu gewähren, „Rechte zu haben“ (ebd.). Diese Perspektive wird in der Bundesrepublik zwei Generationen verspätet aufgegriffen. Eine kritische Aufarbeitung des Umgangs mit Arbeitsmigration ist seit den 1950er Jahren immer wieder abgewehrt und mit der Integrationsforderung verdrängt worden. Entwickelt hat sich eine „antipluralistische Engführung des Integrationsdiskurses“ (Bielefeldt 2007, S. 18), bei der das Sprechen über Integration dazu benutzt wird, bestimmte suspekt gemachte Migranten/innen als kulturell Fremde zu adressieren. Dabei entwickelt sich eine „Verdinglichung des Aufklärungsbegriffs zu einer quasi-kulturalistischen Kategorie“ (ebd., S. 53). Ein wesentliches Element der Aufklärung, nämlich die kontinuierliche Selbstkritik wird dabei ausgeschlossen, was Heiner Bielefeldt als „das Ende von Aufklärung“ kennzeichnet (ebd.). Darin kommt ein Mangel an menschenrechtlicher Bildung zum Ausdruck. Schließlich beanspruchen die Menschenrechte die „freie und gleichberechtigte Selbstbestimmung der Menschen“ (Bielefeldt 2007, S. 20), was im Kontext der Migrationsgesellschaft sowohl die Freiheit, fremd sein zu können meint, als auch Zugehörigkeiten in Verschiedenheit offen hält. Eine menschenrechtlich orientierte

Bildungsarbeit geht von den Menschenrechten als einem „kritischen Maßstab“ aus (Hormel/Scherr 2004, S. 130), nicht aber von einem vorauszusetzenden Konsens. Die Menschenrechte sind nicht als gegebener unstrittiger „Moral-kodex“ aufzufassen (ebd., S. 36), sondern vielmehr auf dem Hintergrund der sozialen Kämpfe um gleiche Rechte zu verstehen, die bis heute andauern. Ihre Geltung ist aktuell nicht gesichert und bedarf des Engagements, das jeweils auf den gesellschaftlichen Kontext zu beziehen ist, in dem die Menschenrechte verletzt werden. Die Grundgehalte der Menschenrechte setzen keine spezifisch religiöse oder philosophische Position voraus und sind keineswegs als westlich oder christlich zu identifizieren. Eine derart partikularistische Besetzung geht an dem globalen und universalen Anspruch der Würde jedes Menschen vorbei. Historisch sind die Menschenrechte bisher im Rahmen der Ordnung der Nationalstaaten nur als nationale Bürgerrechte umsetzbar gewesen. Ihre Relativierung, Fragmentierung und Verletzung trifft in erster Linie diejenigen Eingewanderten, denen das Bürgerrecht verweigert wird, weil ihnen der Zugang zur Staatsbürgerschaft verwehrt bleibt.

Rassismuskritische Bildung

Bis heute fällt es besonders schwer anzuerkennen, dass es Rassismus in der deutschen Gesellschaft alltäglich gibt, wenn auch nicht als programmatischen Staatsrassismus, sondern in Form normalisierter institutioneller Routinen, die gesellschaftliche Zugehörigkeiten nach Abstammungskriterien, Aussehen, Sprache und kultureller Zuschreibung ordnen. Das Konzept einer rassismuskritischen Bildung zielt auf eine selbstkritische Reflexivität. Dabei wird der Rassismusbegriff als ein analytischer Begriff für die Untersuchung abstammungs- und

herkunftsthematisierender Ungleichwertigkeitsvorstellungen in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten verstanden. Es handelt sich hier nicht um individuelle Vorurteile, sondern um eine Denkweise und Praxis, die systematisch Zugehörigkeitsordnungen strukturiert und die Art und Weise steuert, wie Nichtzugehörigkeiten in der Migrationsgesellschaft wahrgenommen und angeordnet werden. Rassismuskritische Bildungsarbeit greift Rassismus von der Seite her an und nicht unbedingt frontal. Ausgehend von der Erkenntnis, dass es Alltagsrassismus in dieser Gesellschaft gibt, geht dieser Ansatz davon aus, dass diejenigen, die Rassismus thematisieren, selbst auf unterschiedliche Weise darin involviert sind. Diese selbstkritische Reflexion stößt auf Grenzen, wenn pädagogische Institutionen unproblematische Selbstbilder pflegen. Nichts fürchten Pädagogen/innen insbesondere im schulischen Kontext mehr, als dass ihnen Benachteiligungen, geschweige denn Rassismus bescheinigt werden. Schon der Begriff der Diskriminierung wird zurückgewiesen, und Rassismus steht als ein Schreckenswort da, das nicht mit einem selbst zu tun haben soll. Die Auseinandersetzung wird durch zwei Strategien verweigert, die ich als postnational-sozialistische Praktiken kenne: die Verlagerung in eine abgeschlossene Vergangenheit und die Wahrnehmung von Rassismus als etwas Randständigem, das von Extremisten praktiziert wird (Messerschmidt 2010). Diese starke Abwehr und Nichtthematizierung betrachte ich als Folge des „Wunsch[es], unschuldig zu sein“ (Schneider 2010, S. 122), den Christian Schneider in der zweiten Generation nach 1945 diagnostiziert hat und der offensichtlich weiter vermittelt worden ist. Der rassismuskritische Ansatz trifft auf diesen Wunsch. Der distanzierende Umgang mit dem Nationalsozialismus, der alles damit Verbundene stets auf Abstand

hält, begünstigt das Schweigen über Rassismus. Rassismuskritik betont dagegen die allgemeine und deshalb auch die Kritiker/innen betreffende Einbindung in den gesellschaftlich verankerten Alltagsrassismus. Die von Paul Mecheril angedeuteten „Wege aus dem Rassismus“ (Mecheril 2004, S. 176ff.) werden in rassismuskritischer Perspektive zu Wegen im Rassismus, Bewegungen von Kritik innerhalb rassistischer Hegemonien.

Doch die analytische Haltung der Rassismuskritik braucht zugleich das Engagement des Antirassismus. Umgekehrt benötigen antirassistische Konzepte eine rassismuskritische Reflexion, um nicht in die Falle der moralischen Selbstsicherheit zu geraten, in der keine Infragestellung der eigenen Wahrnehmungen mehr erfolgt. Ein zentrales Element ist der Kritikbegriff selbst, der hier nicht als Entlarvung des falschen Denkens zu verstehen ist, sondern als Reflexion der eigenen und gesellschaftlich geformten Beziehungen zu rassistischen Denkmustern und Verhältnissen. National-kulturelle Regulierungen von Zugehörigkeit wirken als „fundamentale Differenzordnungen“ (Mecheril 2009, S. 205) und sind Ausdruck einer „exklusiven Logik“ (ebd.), die nur reine Identitäten zulässt und Uneindeutigkeiten ausschließt. In diese Ordnungsmuster sind pädagogische Akteurinnen/ Akteure und Institutionen involviert und können ihren institutionalisierten Rassismus nur von innen heraus und mit der Bereitschaft zur Selbstkritik angreifen. ■

Literaturhinweise

- Benhabib, Seyla (2008):
Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger.
Frankfurt/M.
- Bhabha, Homi K. (2000):
Die Verortung der Kultur. Tübingen.
- Bielefeldt, Heiner (2007):
Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft.
Plädoyer für einen aufgeklärten Multikulturalismus.
Bielefeld.
- Höhne Thomas (2001):
Kultur als Differenzierungskategorie.
In: Helma Lutz/Norbert Wenning (Hg.):
Unterschiedlich verschieden. Differenz in der
Erziehungswissenschaft.
Opladen, S. 197-213.
- Hormel, Ulrike/Scherr, Albert. (2004):
Bildung für die Einwanderungsgesellschaft.
Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller,
institutioneller und interaktioneller Diskriminierung.
Wiesbaden.
- Kiesel, Doron (1996):
Das Dilemma der Differenz.
Zur Kritik des Kulturalismus in der interkulturellen Pädagogik.
Frankfurt/M.
- Kalpaka, Annita (2006):
Heterogenität als der Normalfall.
In: Informations- und Dokumentationszentrum für
Antirassismusbearbeitung in Nordrhein Westfalen (IDA) (Hg.):
Impulse: Bildungsmaterialien aus dem Aktionsprogramm
'Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremis-
mus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus'.
Düsseldorf, S. 56-57.
- Kermani, Navid (2009):
Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime.
München.
- Mecheril, Paul/Astrid Messerschmidt (2013):
Abseits der Assimilation. Konturen non-affirmativer,
subjektorientierter Migrationsforschung.
In: Psychologie und Gesellschaftskritik, 37. Jg., Nr. 147/148,
Heft 3-4/2013, S. 137-154.
- Mecheril, Paul (2009):
Diversity Mainstreaming.
In: Lange, Dirk/Polat, Ayca (Hrsg.):
Unsere Wirklichkeit ist anders. Migration und Alltag.
Bonn: bundeszentrale für politische bildung, S. 202-210.
- Mecheril, Paul (2004):
Einführung in die Migrationspädagogik.
Weinheim
- Messerschmidt, Astrid (2010):
Distanzierungsmuster.
Vier Praktiken im Umgang mit Rassismus.
In: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hg.):
Rassismus bildet.
Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung
und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft.
Bielefeld, S. 41-57.
- Schneider, Christian (2010):
Besichtigung eines ideologisierten Affekts:
Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik.
In: Jureit, Ulrike/Schneider, Christian:
Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung.
Stuttgart, S. 105-212.
- Utlu, Deniz (2011):
Migrationshintergrund. Ein metaphernkritischer Kommentar.
In: Susan Arndt/Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.):
Wie Rassismus aus Wörtern spricht.
(K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche
Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk.
Münster, S. 445-448.

Noah Kretzschel und Jasmin Wagner

Erwartungen der Jugend an ihre Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

„30 Jahre in der Zukunft“ – Meldungen und Wissenswertes

Auf 30 Jahre blicken wir heute zurück und vielleicht auch schon ein bisschen nach vorne. 30 Jahre ist schon eine lange Zeit. Wir dürfen uns kurz vorstellen: Noah Kretzschel, Vorsitzender der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V., 19 Jahre, Auszubildender und Jasmin Meister, Vorsitzende des gleichen Vereins, 27 Jahre und Studentin – wir stellen fest: mit den 30 Jahren können wir nur zusammenaddiert mithalten.

Wir wurden angefragt, ob wir etwas über die Erwartungen an unsere Kirche erzählen würden. Das klingt gar nicht so schwer, also haben wir uns Gedanken gemacht und gehofft ein Medium zu finden, dass zugegebenermaßen für einen Beitrag nicht gerade üblich ist, aber von dem wir überzeugt waren, dass es einen Blick in die Zukunft der EKHN in 30 Jahre ermöglicht.

Aufmerksame Leser*innen werden merken, dass wir uns erlaubt haben, den einen oder anderen Spaß zwecks Konzentrationsförderung einzubauen – der ein oder andere Name sollte einigen in diesem Raum bekannt sein. Und weil die Jugend ja immer innovativ und spontan sein soll, haben wir es uns auch erlaubt, die ein oder andere Improvisation in Form mehrerer kurzen Live-Interviews einzubauen – freuen wir uns also auf eine gute gemeinsame Stunde, bei der jetzt jeder hoffen darf:

„Hoffentlich bin nicht ich der Depp, der ran muss“.

Zu guter Letzt sei noch darauf hingewiesen, dass einige Bilder und Szenarien möglicherweise etwas zugespitzt, ganz sicher auch stark übertrieben sind – wir bitten demnach darum, nicht alles so genau auf die Goldwaage zu legen.

Taufwelle in der EKHN

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau erlebt momentan einen Taufboom. Ausgelöst wurde der durch zwei Kampagnen: Die Erste „Vermehrt euch zahlreich – Heute noch Kinder in die Welt setzen?“ sollte die Menschen überhaupt zu Gedanken über Familiengründung anregen. Die Aktion lief über das Internet und wurde von Vielen interessiert wahrgenommen. Die Organisatorin der Aktion beschreibt das Ziel wie folgt: „Die Menschen sollen nicht zum Kinderkriegen aufgefordert werden, sondern sie sollen sich bewusst machen, welche Gründe für und gegen Kinder sprechen. Viele haben unbewusste Vorbehalte und schieben die Familiengründung so lange hinaus, bis es zu spät ist. Obwohl es mittlerweile viele Regenbogenfamilien gibt und das Modell gesellschaftlich akzeptiert und politisch gefördert wird, scheuen sich leider besonders häufig homosexuelle Paare oft noch vor dem Kinderkriegen.“

Nur wenn die potentiellen Eltern aktiv Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen, können sie bewusst entscheiden, ob sie Kinder möchten oder nicht, beide Möglichkeiten werden von der Kirche unterstützt.“

Die darauf aufbauende Kampagne ist mit: „Evangelische Geburtsvorbereitung – Lassen wir unser Kind taufen?!“ betitelt. Alle werdenden Eltern werden eingeladen, sich über religiöse Erziehung zu informieren und das Thema zu diskutieren. Des Weiteren werden Taufpaten ausführlich über ihre Aufgabe informiert und erhalten Anregungen, was sie

konkret mit ihrem Patenkind unternehmen können um mit ihm* ihr über Gott ins Gespräch zu kommen.

Damit trat die EKHN eine breite gesellschaftliche Debatte über die Vor- und Nachteile religiöser Erziehung und Sozialisation los. Die meisten Eltern sind anscheinend jedoch überzeugt worden.

Doch die Begleitung der Familien hört nicht nach der Taufe auf, sondern jede Gemeinde bietet regelmäßige Familiengottesdienste und Kinderaktionen an. Seit fast dreißig Jahren liegt auch ein Fokus auf der Jugendarbeit, da festgestellt wurde, dass viele Jugendliche sich vor und nach ihrer Konfirmationszeit von der Kirche ignoriert fühlen. Fast alle Gemeindehäuser haben eigene Jugendräumlichkeiten geschaffen, die die Jugendlichen jederzeit auch alleine nutzen können. Für Probleme gibt es in jeder Gemeinde eine*n Gemeindepädagogi*en als Ansprechpartner*in. Als überregionale Angebote kommen das EKHN-Konficastamp und der bundesweite junge Kirchentag hinzu, die sich seit ihrer Gründung großer Beliebtheit erfreuen. Viele der Eltern, die ihre Kinder taufen lassen, berichten von eigenen positiven Erfahrungen in der Kirche, die sie ihren Kindern im Jugendalter auch ermöglichen wollten.

So hat offensichtlich die Mischung aus langfristiger, flächendeckender Jugendarbeit und der Debatte über religiöse Erziehung diesen bisher einzigartigen Taufboom ausgelöst.

Bundesweite Jugendkirchentage – ein voller Erfolg über die Jahre

Am vergangenen Montag gab die Evangelische Kirche in Deutschland in Hannover bekannt, dass sie sich nach sorgfältiger Evaluation dazu entschieden habe, dass Format des bundesweiten Jugendkirchentages fortzusetzen. Die Evaluation habe ergeben, dass ein von Kirche gegebener Raum für

junge Menschen zum Austausch, leben, feiern und glauben unerlässlich für ihre Entwicklung und religiöse Sozialisation ist. „Junge Menschen leben ihren Glauben nicht nur in der Gemeinde, sondern haben ähnlich wie die älteren Generationen auch das Bedürfnis, sich unter einander auszutauschen, sich gegenseitig ihre Fragen ans Leben und an ihren Glauben zu stellen und möglicherweise auf diese gemeinsam eine Antwort finden. Wenn wir Jugendlichen diese Chance geben wollen und sie nicht auf dem Weg zum Erwachsenwerden verlieren wollen, sollten wir nicht zögern, Formate wie den EKD-Jugendkirchentag weiter zu stärken und zu etablieren.“, gab Jasmin Meister, Vorsitzende des Rates der EKD am Ende der Pressekonferenz bekannt.

Angelehnt an das Konzept des Jugendkirchentages aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hatte die Synode der EKD vor 3 Jahren beschlossen, ein Format dieser Art auf EKD-Ebene einzuführen. Dieses Format war zunächst für 5 Jahre beschlossen worden. Aufgrund des enormen Erfolges und des steigendes Interesses von jungen Menschen an ihrer Kirche, hat die Synode auf Drängen ihrer Jugenddelegierten beschlossen, schon frühzeitig eine Fortführung des EKD-Jugendkirchentages zu befürworten.

EKHN startet erstes landeskirchenweite Konficastamp

Mit großer Freude eröffnete Kirchenpräsident Torben Schmidt am vergangenen Mittwoch das erste Konficastamp der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Immer mehr Pfarrer*innen gaben in den vergangenen Jahren an, dass die Arbeit mit Konfirmand*innen ihnen weniger als Gabe von Gott gegeben sei. Zurückzuführen sei dies vermutlich, auf eine mangelnde Vorbereitung auf dieses Arbeitsgebiet während der ersten Studienjahre. In der Vergangenheit wurde diese

Aufgabe immer mehr an Gemeindepädagog*innen abgeschoben, die ihrer Kirche allerdings deutlich signalisierten, dass solch ein Konzept nicht zukunftsweisend sei. Es könne nicht sein, dass Pfarrer*innen sich vor ihrem Dienst an ihren jungen Schäfchen drücken, nur weil diese mehr Aufmerksamkeit und Beschäftigung einfordern, als das Kaffee trinken mit dem Senior*innenkreis. Nach reiflichen Überlegungen wurde ein Konzept entwickelt, dass neben einer Einführungs- und Kennenlernfahrt zu Beginn der Konfizeit auch eine gemeinsame Zeit mit allen Konfirmand*innen der EKHN beinhaltet. Finanziert wurde das Konzept u.a. aus den Geldern des ehemaligen Jugendkirchentages, der vor 2 Jahren zu Gunsten eines EKD weiten Jugendkirchentages eingestellt wurde. Das landeskirchenweite Konficamp soll in den nächsten Jahren über das „Fronleichnamswochenende“ veranstaltet werden. Über das verlängerte Wochenende schlafen die Teilnehmer*innen in Quartierschulen, Turnhallen und in einer in Kooperation mit dem CVJM und VCP aufgebauten Pfadfinderzeltstadt. Angelehnt an die Idee des ehemaligen Jugendkirchentages soll jungen Christ*innen die Chance gegeben werden, 4 Tage go(o)d days and nights zu erleben. „Hier können Jugendliche sich austauschen und mit gleichaltrigen über ihr Leben, ihre Ängste und Hoffnungen, aber auch über ihren Glauben reden“, so Anna Lena Fleeth, gemeindepädagogische Mitarbeiterin bei der Arbeitsstelle Konficamp.

Das erste landeskirchenweite Konficamp startete am vergangenen Donnerstag um 17 Uhr mit einer Auftaktveranstaltung und dem Eröffnungsgottesdienst in Darmstadt. Danach folgte eine Jugendkulturnacht, die um 22:30Uhr mit einem großen Abschlusskonzert endete. Der Freitag und Samstag stehen ganz unter dem Motto „Da wo zwei oder drei“, zu dem extra eingerichtete Themenparks und Pro-

gramme besucht werden können. Der Abend schließt nach den Großkonzerten mit einem Abendsegen, der an den verschiedenen Orten von Konfirmandengruppen vorbereitet wurde. Sonntag wird das Konficamp mit einem großen Gottesdienst beendet werden, bevor das Staffelholz für das nächste Jahr übergeben wird.

Auch die Rückmeldungen der Teilnehmer lassen bisher keine Wünsche offen, so sagte ein 14-jähriger beim Interview aus, dass er es super fände, dass seine Kirche eine Veranstaltung organisiert, wo Jugendliche richtig viel Spaß haben können. Dass Kirche so ein Interesse an ihm und seinen Kumpels hätten, hätte er nie gedacht. Eigentlich konnte er sich bisher nicht vorstellen, nach der Konfirmation noch weiter in die Kirche zu gehen, aber wenn sie so weiter machen würde, wäre das etwas ganz anderes.

Mitgliedszahlen der EKHN zum ersten Mal seit 50 Jahren gestiegen!

Trendwende: Die Zahl der Mitglieder der Evangelischen Kirche und Hessen und Nassau ist erstmals seit 1995 nicht gesunken, sondern gestiegen. Verantwortlich dafür sind die vielen Wiedereintritte und vermehrte Kindertaufen. Hören Sie die Meinungen einiger Menschen, die nun wieder ihrer Kirche angehören: *»Mich hat mein Religionsunterricht überzeugt. Das Christentum ist nicht lahm und blabla sondern gibt mir Antwort auf viele Fragen meines Lebens.«*

»Der junge Kirchentag war in meiner Stadt und weil ich als Einwohner eine Eintrittskarte geschenkt bekommen hab, dacht ich halt, gehste mal hin. Es war total super, die anderen Jugendlichen waren cool drauf und ich konnte zum ersten Mal ernsthaft über Glauben, Zweifel und den ganzen Kram reden.«

»Die Evangelische Kirche ist eine demokratische Glaubensgemeinschaft, in der meine Meinung gehört wird und die ich verändern kann. Nicht die Pfarrerin bestimmt, wo es langgeht, sondern die ganze Gemeinde. Besonders wird auf die Bedürfnisse von uns Jugendlichen Rücksicht genommen – wir sind nicht nur „Kirche von Morgen“ sondern im hier und jetzt aktiv.«

»Ich hatte zum ersten Mal seit Jahren wieder einen Gottesdienst besucht, wollte es noch einmal probieren, bevor ich endgültig austrete. Aber das war so eine mitreißende, tiefgehende, fröhliche Feier, dass mein Entschluss ins Wanken geraten ist und ich weiterhin gerne meiner Kirche angehöre.«

»Die Kirche ist ein Raum, der vom ökonomischen Nutzen-Kosten-Zwang befreit ist. „Lohnt“ sich ein Gottesdienst für Wenige? „Warum fairtrade-Oblaten?“ „kostenlose Dienstleitungen wie Konfiunterricht und Seelsorge?“ Kirche muss keinen Gewinn erwirtschaften, das gibt ihr große Freiheit, sich für andere Dinge einzusetzen. Nächstenliebe, Verantwortung füreinander, religiöse Bildung.«

»Ich war im Konfiunterricht, weil meine Familie das erwartet hat. Das war aber eher lahm und abschreckend, aber zum Abschluss sind wir zum Konficamp gefahren, das war echt cool. Ich hab gemerkt, dass der Glaube auch in meinem Leben wichtig ist und wie viel man durch die Kirche bewegen kann.«

»Meine Kirche setzt sich in der Gesellschaft für Gerechtigkeit ein: Sie kämpft mit den Feministinnen, aber nicht nur gegen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, sondern auch zwischen arm und reich, behindert und nichtbehindert, schwarz und weiß, inländer und ausländer, queer und hetero, privilegierten und benach-

teiligten Bevölkerungsgruppen. Dabei betrachtet die Kirche auch ihre eigenen Strukturen und Handlungen kritisch und hat sich geöffnet – nicht nur rhetorisch, sondern das Gemeindeleben ist wirklich vielfältiger als noch vor 30 Jahren.«

»Ich erlebe meine Gemeinde als einladende Gemeinschaft. Die Gottesdienste sind so gestaltet, dass auch eher kirchenferne Leute wie ich sich zurechtfinden und verstehen, warum was passiert. Ich fühle mich wohl, weil man innerhalb der Gemeinde rücksichtsvoll miteinander umgeht. Die Menschen helfen sich gegenseitig und können ihre Ideen einbringen. Es wird darauf geachtet, viele unterschiedliche Personengruppen in das Gemeindeleben einzubeziehen. Meine Gemeinde ist eine Glaubensgemeinschaft in der Nächstenliebe gelebt wird.«

30 Jahren nach den ersten Jugenddelegierten – Die Kirchenpräsidentin über die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau

Die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau ist die Fortschrittskraft unserer Kirche. Im selbstständigen Jugendverband treten Jugendliche mit Idealismus und Tatkraft für ihre Vorstellung einer guten Welt ein. Dabei stellen sie besonders an ihre Erwachsenenkirche kritische Forderungen. Vor dreißig Jahren wurden die ersten Jugenddelegierten gewählt und änderten die Kultur der Kirchenpolitik nachhaltig. Jugendliche waren keine Randgruppen mehr, die nur zu sie betreffenden Themen wohlmeinend befragt wurden, sondern sie werden selbstverständlich in alle Entscheidungen einbezogen. Oftmals unterbreiten sie ungewöhnliche Vorschläge, jedoch stets mit Begeisterung und Lust zu Umsetzung. Dabei wurden sie von der Evangelischen Jugend, der Ehrenamtsakademie und dem Fachbereich Kinder und Jugend kompe-

tent unterstützt. Die Erfolge der Jugenddelegierten überzeugten die Synode 2019, den Sonderstatus Jugenddelegierte abzuschaffen und stattdessen das passive Wahlalter auf 13 Jahre zu senken. Heute ist die Beteiligung Jugendlicher auf allen Ebenen zu allen Themen selbstverständlich. Die EJHN ist ein selbstorganisierter Jugendverband, und das macht ihren Reiz aus. Jugendliche können nach eigenen Vorstellungen aktiv werden und ihre Kirche gestalten. Jugendliche Selbstständigkeit wird wertgeschätzt und gefördert. Vor 20 Jahren gelang es der EJHN, in allen Kirchengemeinden offene Jugendräume einzurichten, die gemeinsam mit der flächendeckenden Versorgung mit Gemeindepädagog*innen Jugendarbeit an vielen Orten überhaupt erst möglich machte. Wer nicht nur praktisch vor Ort, sondern auch politisch tätig sein möchte, kann dies im Vertretungssystem der EJHN. Auf Dekanats-, Propstei- und Landesebene setzen sich Jugendliche für ihre Interessen ein und erleben Politik hautnah. Sie wählen, diskutieren, argumentieren ihre Standpunkte und halten Reden auf höchstem Niveau. Neben der politischen Partizipation waren Bildung, Inklusion, Flüchtlinge und interreligiöse Arbeit Schwerpunktthemen der letzten Jahrzehnte. Die EJHN ist für uns als Landeskirche anstrengend, unbequem und teuer, aber in ihr erleben Jugendliche einen unverzichtbaren Ort politischer und religiöser Eigenaktivität und Selbstwirksamkeit. Die Kirche hat von den Initiativen der EJHN stets profitiert – wer sich kritisch mit ihrer*seiner Kirche auseinandersetzt, de*rm ist sie eben nicht egal, sondern der*m liegt sie so am Herzen, dass sie*er sie verbessern will. Ich danke der EJHN für die intensiven Auseinandersetzungen und bin gespannt auf die nächsten Jahre und Ideen!

Nach Einführung Tierschutzgesetz – Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau führt „Meat-Day“ ein

Knapp ein Jahr nach der Einführung des bundesweiten Tierschutzgesetzes, das die Bürger zu einem ethisch korrektem Fleischkonsum verpflichtet, legt die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau nach. „Wir können nicht immer nur sagen, dass es unsere Aufgabe ist, die uns von Gott geschenkte Welt zu bewahren und zu schützen, sondern müssen viel mehr aktive Zeichen setzen!“, so Sven Strobel, Präses der Synode. „Es sei die Pflicht eines jeden Christen, verantwortungsbewusst mit unserer Welt umzugehen, wenn nicht für uns selbst, dann wenigstens für unsere Kinder und Enkelkinder. Es sei an der Zeit, dass wir endlich anfangen die Inhalte der sonntäglichen Predigt bewusst und aktiv zu leben. Nachhaltigkeit sollte dabei keine Ausnahme bleiben, denn sie geht jeden etwas an.“, so Strobel weiter.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau beschloss am vergangenen Wochenende, dass sie sich von einem ursprünglichen „Veggy-Day“ wegbewegen möchte hin zu einem bewussten Signal von verantwortungsbewusstem Fleischkonsum. Am sogenannten „Meat-Day“, der nun während einer Tagung einmal stattfinden sollte, habe man sich dazu entschieden, Fleisch von speziell zertifizierten Bauern aus der Umgebung zu konsumieren. Diese unterliegen u.a. strengen Regeln, bezüglich der Tierhaltung und deren Ernährung. Der Rest der Tagung bietet vegetarisch-vegane Speisekarte. Wie schon damals bei der Einführung des „Veggy-Days“, der inzwischen als eine Selbstverständigkeit gelebt wird, gab es dennoch lautstarke Prozesse von einzelnen Synodalen.

Die Synode ist gemäß der Kirchenordnung das „maßgebende Organ der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau“. Sie erlässt Gesetze, besetzt durch Wahl wichtige Leitungämter, beschließt den Haushalt und trifft wichtige kirchenpolitische Entscheidungen. Ausschüsse und regionale Arbeitsgruppen bereiten ihre Entscheidungen vor. Geleitet wird die Synode vom Kirchensynodalvorstand mit Präses Sven Strobel an der Spitze.

Christ*in ohne Gemeinde? Komm in die Holo-Kirche!

Sie finden Ihren Gottesdienst vor Ort nicht ansprechend? Ihnen ist der Weg zur Kirche zu weit? Die Gottesdienstzeiten passen nicht in Ihren Tagesablauf? Dann ist der Holo-Gottesdienst dir perfekte Lösung! Loggen Sie sich einfach mit Ihrem Holo-Generator in die holografische Kirche ein und feiern sie gemeinsam mit anderen mitreißende Gottesdienste. Sie können zwischen verschiedenen Themen und Zielgruppen wählen, und, falls Sie Brot und Wein vorrätig haben, sogar das Abendmahl zu sich nehmen. Doch die Holo-Kirche bietet nicht nur Gottesdienste, Sie können die volle Bandbreite gemeindlicher Angebote nutzen, z.B. in Sing- und Posaunenchoren musizieren, theologische und gesellschaftliche Fragestellungen diskutieren, biblischen Geschichten lauschen oder sich seelsorgerlich beraten lassen. Für Jugendliche gibt es ein spezielles Konfiprogramm, das sie zur Auseinandersetzung mit ihrem Leben und Glauben anregt. Die tatsächliche Konfirmation findet dann auf dem Konficamp statt. Aber auch für alle vor Ort konfirmierten hält der Jugendbereich attraktive Angebote bereit. Natürlich sind alle Dienstleistungen auch in leichter Sprache, mit Gebärdendolmetschung oder als Audioinformationen abrufbar.

Der Zutritt zur Holo Kirche ist selbstverständlich kostenfrei. Sie benötigen lediglich einen Holo-Generator und einen stabilen Zugang ins HoloNetz.

Erste inklusive Kirche auch auf dem Land gebaut – EKHN „rennt“ voran und „hört“ nicht auf

Text: Mit großen Applaus und freudigen Gesichtern wurde endlich die langersehnte inklusive Kirche in Lauterbach eröffnet. Neben den bereits 4 bestehenden Kirchen ihrer jeweiligen Propsteien mit Sitz in Frankfurt, Darmstadt, Mainz und Gießen geht die EKHN ihren konsequenten Weg einer inklusiven Kirche weiter. Nachdem der Bau für kurze Zeit aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen ausgesetzt werden musste, hatte die Synode der EKHN vor zwei Jahren beschlossen, diesen aus den Rücklagen weiter zu finanzieren. „Es war klar, dass dieses wegweisende Projekt nicht an Geld scheitern durfte. Inklusion ist ein Weg, den wir uns als Kirche nicht leisten können nicht zu gehen – auch wenn es ein sehr teurer Weg ist“, betonte Steffen Antel, Finanzdezernent der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Neben einem barrierefreien Zugang und einer Gehörlosenschleife soll die inklusive Kirche in Lauterbach aber auch Anlaufpunkt für Gottesdienste in leichter Sprache sein. Eingeladen sind alle Menschen, denn die Inklusion aller Menschen ist unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Sprache, Behinderung, sozioökonomischem Hintergrund, politischer Anschauung oder sexueller Identität. Die inklusive Kirche in Lauterbach versteht sich als ein offener Ort, an dem das Christsein ohne Einschränkungen gelebt werden kann – keiner soll verloren gehen.

Auch wenn der Weg einer inklusiven Kirche vermutlich nie in einem Ziel enden wird, ist mit dem Bau in Lauterbach wieder

ein großer Schritt auf den unabschließbarem Weg getan worden.

Die EKHN hatte im Jahr 2013 zunächst ein Diskussionspapier zur Inklusion veröffentlicht um das wichtige Thema in Gemeinden und Einrichtungen stärker zur Sprache bringen. Ziel sollte es dabei sein, vor Ort konkrete Ideen zu entwickeln, um Inklusion zu verwirklichen. Mit der Kirche Lauterbach begeht die EKHN zum ersten Mal einen Versuch die Erfolgsprojekte im ländlicheren Raum fortzusetzen. „Die Idee der Inklusion ist schon biblisch tief verankert und kein von Außen herangetragenener Impuls.“ betonte Bettina Reiss-Semmler, Inklusionsbeauftragte der EKHN und erklärte darüber hinaus weiter „Für uns als Kirche muss ein Prozess wie Inklusion selbstverständlich sein, denn unser Handeln aus dem Geist des Evangeliums habe immer schon inklusiven Charakter enthalten.“

100. Kurs zum Freiwilligenmanagement ausgeschrieben – Kooperation auf voller Linie erfolgreich

Der Fachbereich Kinder und Jugend im Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zeigt sich erfreut über die regen Anmeldungen im Bereich Freiwilligenmanagement. Der inzwischen 100. Kurs konnte im aktuellen Jahresprogramm ausgeschrieben werden. Vor knapp 35 Jahren hatten die damalige stellvertretende Leiterin des Fachbereichs Kinder und Jugend und dort für das Thema Ehrenamt zuständige Simone Reinisch und Jochen Ruoff, Geschäftsführer der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V. selbst in den Kinderschuhen gestanden und eine Fortbildung zu diesem Thema belegt. Nach einem qualifiziertem Abschluss und reichlichen Überlegungen beschlossen der Fachbereich Kinder und Jugend und die Evangelische Jugend in Hessen

und Nassau e.V. gemeinsame Fortbildungen anzubieten, um auf die damaligen Rückgänge im Ehrenamt zu reagieren. Ganztagschule, G8 und steigende Studiums- und Ausbildungskosten waren damals für diesen Trend verantwortlich. Über die Bedeutung von Freiwilligenmanagement prophezeite Jochen Ruoff [leider nicht wiederzugebende Live-Aufnahme] Der Soziologe Christian Schimmel und früheres Vorstandsmitglied der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V. sagte im Interview zum 75. Freiwilligenmanagementkurses: „Das Freiwilligenmanagement ist ein Teilbereich des Personalmanagements zivilgesellschaftlicher Organisationen. Es hat zur Aufgabe, ehrenamtliche Mitarbeiter zu betreuen und für deren effizienten Einsatz zu sorgen. Das Freiwilligenmanagement bildete für uns dabei das Scharnier zwischen den Wünschen und Bedürfnissen der Freiwilligen und den Anforderungen, die die Organisation an diese heranträgt und war somit perfekt für die Anwendung in der EKHN geeignet“. Das Freiwilligenmanagement ist allgemein für die Planung, Organisation, Aus- und Bewertung der Freiwilligenarbeit in einer Organisation zuständig. Im Speziellen betrifft die Arbeit des Freiwilligenmanagements die Betreuung und Begleitung von Ehrenamtlichen sowie die Vermittlung zwischen haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden.

Sturmflut – nach Umstellung auf eine multi- professionelle Gemeindeleitung platzen die Theologischen Fakultäten aus allen Nähten

Was vor 30 Jahren sich niemand getraut hätte zu prophezeien, ist nun eingetreten. Die Zahl der Theologiestudierenden ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Experteninnen vermuten, dass dies auf die Umstellung in der Gemeindeführung zurückzuführen ist, auf die die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau vor ein paar Jahren

gezwungen war zu reagieren, da sich die Gemeinden immer weiter veränderten und der Nachwuchs an Pfarrer*innen im Ungleichgewicht zu den Pensionierungen lag. Die Kirchengemeinden von Heute haben zwar weniger Mitglieder bei größerer Fläche, aber dennoch ein reges Gemeindeleben. Sie sind eng mit den umliegenden Gemeinden vernetzt und stehen mit diesen im regelmäßigen Austausch, wobei nicht jede Gemeinde alle Arbeitsfelder kirchlichen Handelns abdeckt. Verschiedene und individuelle Schwerpunkte wurden in den letzten Jahren von den jeweiligen Kirchenvorständen für ihre Gemeinden gesetzt: vom klimaneutralen Fahrdienst über ein sonntägliches „Meet and Great“ nach dem Gottesdienst bis hin zu Freilichtaktionen in den Sommermonaten ist alles dabei. Vor allem hat sich damit das Berufsbild der Theologischen Führung der Gemeinde stark verändert. Nicht alle Gemeinden sind mehr mit einer vollen Stelle ausgestattet, aus diesem Grund wurde vor ein paar Jahren eine multiprofessionelle Gemeindeführung ins Leben gerufen. Die Pfarrperson ist heute kein*e Einzelkämpfer*in mehr sondern Mitglied eines multiprofessionellen Teams aus Haupt- und Ehrenamtlichen, das sich für das Gemeindeleben verantwortlich zeigt. Innerhalb dieses Teams werden – in enger Absprache mit den umliegenden Gemeinden – alle anfallenden Aufgaben verteilt. Hierbei ist jedoch nicht die Pfarrperson, diejenige die die Aufgaben delegiert, denn in diesen modern geführten Gemeinden gibt es keine Unterscheidung zwischen den Aufgaben die früher in der Hand des*r Volltheologi*en lagen – also denen, für die alleine der*die Pfarrer*in zuständig war wie beispielsweise Gottesdienste. In den multiprofessionell geführten Gemeinden gibt es einen Aushandlungsprozess über alle anstehenden Aufgaben, auch über diejenigen, die früher gerne mal delegiert wurden, wie zum Beispiel die

Arbeit mit Konfirmand*innen. In diesem Aushandlungsprozess wird gemeinsam entschieden, wer für die jeweiligen – untereinander gleichberechtigten – Aufgaben verantwortlich ist. Dabei können die Verantwortlichkeiten durchaus wechseln oder auch in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden erfüllt werden. Auch die Zuständigkeit für Verwaltungsaufgaben werden in diesem multiprofessionellen Team vereinbart, wofür ebenfalls qualifiziertes Personal vorhanden ist. Durch diese Veränderung hat sich der Blick für viele junge Menschen auf den Pfarrberuf verändert. Spätestens seit der Einführung von Seminaren an den Hochschulen, die die angehenden Pfarrer*innen auf ihren späteren Teamjob vorbereiten sollen, zeigte sich in den Statistiken deutlich, dass die EKHN sich damals auf den richtigen Weg begeben hat, als sie auf die Pfarrstellungsbesetzung reagieren musste und erkannte, dass das Jonglieren mit Zahlen allein nicht ausreichen würde.

Öffnet eure Herzen weit – ein neuer Geist weht durch die Kirchen

Gut 30 Jahre nach dem Reformationsjubiläum 2017 ist endlich das eingetreten, was schon lange angemahnt und diskutiert wurde. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat sich wieder als eine Kirche der Reformation gesehen und den Geist Luthers und seiner Mitstreiter wieder neu entfacht. Die Kirchbänke wurden entstaubt, die Orgel und das Klavier gestimmt, und der Altar in ein neues Licht gerückt. Der protestantische Geist ist wieder zu neuem Leben erwacht. Christsein erfahren und spüren, ist das neue Motto. „Seit der Umstrukturierung der Gemeindeführung komme ich endlich wieder zu den Aufgaben zurück, die mich damals dazu motiviert hatten Pfarrer zu werden“, sagte ein Pastor nach dem Reformationsgottesdienst vergangene Woche. „Endlich

habe ich wieder genügend Zeit, um eine aktuelle Predigt mit Herz zu schreiben und nicht die von vor 7 Jahren aus dem Schrank zu ziehen und ein bisschen zu überarbeiten. Auch meine Gemeindemitglieder haben mich schon häufig auf meinen neuen Predigtstil angesprochen“. Auf die Frage, was er denn genau verändert habe antwortete der Theologe: „Eigentlich nicht wirklich viel, die Zeiten haben sich nur geändert. Ich habe mehr Zeit zur Verfügung und das bereichert meine Arbeit sehr. Früher war das Predigen wie eine Pflichtveranstaltung. Hin und wieder kamen mir meine eigenen Worte völlig leer und ohne Aussage vor. Ich habe mich manchmal sogar geschämt so ein herzloses Geschwätz von der Kanzel zu geben. Durch die gewonnene Zeit habe ich viel häufiger die Chance mich mit meinen Schäfchen zu unterhalten und bin immer besonders beeindruckt, wenn alt und jung eine Diskussion über einen möglichen Predigttext führen. Diese Gespräche bereichern mich in meiner Arbeit und das merkt auch die Gemeinde. Von einer stupiden sonntäglichen Pflichtveranstaltung bin ich wieder zurückgekehrt auf den Ursprung und habe förmlich eine Rhetorik des Herzens beim Lesen der Bibel entwickelt und genau diese möchte ich weitergeben und mit anderen teilen“.

Kein Flüchtling mehr im Gemeindehaus untergebracht

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat bestätigt, dass keine Flüchtlinge mehr in ihren Gemeindehäusern untergebracht sind. Als 2010er Jahre so viele Menschen nach Deutschland kamen, dass der Staat die Unterbringung nicht mehr gewährleisten konnte, bat die Evangelische Kirche ihre Kirchengemeinden, die Gemeindehäuser als Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Viele Gemeinden öffneten ihre Türen. Entgegen der Befürchtungen musste keine Gemeinde ihr Ge-

meindeleben einstellen, stattdessen wurden viele Aktivitäten in die Kirchen verlegt. Viele Gemeinden geben an, seitdem kreativere und auch besser besuchte Veranstaltungen durchzuführen, der Mangel an Raum habe dies notwendig gemacht. Außerdem werden viele Kirchen mittlerweile parallel als Moschee genutzt. Viele muslimische Flüchtlinge wünschten sich einen Raum zum Beten und die Kirchen sind zu den meisten Wochenzeiten ungenutzt. Aus der parallelen Nutzung ergab sich an vielen Orten eine interreligiöse Zusammenarbeit, es werden gemeinsame Feste, Gruppen und Aktionen durchgeführt, häufig sogar gemeinsame Gottesdienste. Vor dreißig Jahren war es vielerorts noch unmöglich, dass Protestanten und Katholiken gemeinsam Abendmahl feiern, heutzutage richten sich religiöse Feste an alle Gläubigen. Die interreligiöse Arbeit wurde auch fortgeführt, als die Flüchtlinge in andere Unterkünfte untergebracht waren, einfach weil die gemeinsame Arbeit für beide Seiten sehr bereichernd ist. Ohne die Flüchtlinge hätte die Ökumene und interreligiöse Arbeit wohl noch lange einen schweren Stand gehabt, aber durch die Notwendigkeit vor Ort ist dieser Prozess sehr schnell und praxisorientiert abgelaufen.

Rat der Religionen gegründet

Am vergangenen Dienstag gründeten die Vereinigten Europäischen Staaten den Rat der Religionen. Jede Religionsgemeinschaft hat die Möglichkeit eine*n Vertreter*in in den Rat entsenden.

Der Rat soll vor allem politische Gremien beraten und religiöse Perspektiven auf gesellschaftliche Fragestellungen formulieren. Außerdem soll er einen interreligiösen europäischen Religionsunterricht entwickeln. Nachdem vor allem der Zuzug der Flüchtlinge in den 2020er Jahre die religiöse Vielfalt Europas erweitert hatte, stieg auch die gesellschaftlich

Relevanz der Religion wieder. Gläubige gelten nicht mehr wie vor kurzem als eine rückständig belächelte Minderheit, sondern religiöse Argumente fließen wieder in gesellschaftliche Debatten ein. Durch die Ankunft der meist andersgläubigen Flüchtlinge wurde den einheimischen Menschen ihre eigene Kultur und Religion wieder mehr gewahrt, es gründeten sich viele interreligiöse Vereine und Gruppierungen. Der Politik wurde bewusst, dass sie die Relevanz des Themas für ihr Bürger*innen nicht weiter ignorieren konnte, die alleinige Einbeziehung der traditionellen Religionsgemeinschaften die gesellschaftliche Pluralität aber nicht länger widerspiegelt. Daher die Gründung des Rats der Religionen. Seine Entscheidungen sollen auf Konsens basieren, in strittigen Themen ist es aber auch möglich, unterschiedliche Verlautbarungen herauszugeben. Die Vertreter*innen aller beteiligten Religionsgemeinschaften äußerten sich positiv über das Projekt: „Es gibt viele unterschiedliche Arten zu glauben und seinen Glauben auszuüben. Aber ebenjener trennender Glaube verbindet uns, und deshalb wollen wir politisch gemeinsam unsere Interessen vertreten“

Erste Kirche auf dem Mars gebaut

Am Sonntag wurde auf der Marskolonie die erste außerirdische Kirche mit einem feierlichen Gottesdienst eröffnet. Auf dem Mars leben neben den einheimischen grünen Marslingen auch 562 Menschen in einer Versuchssiedlung. Die Bürgermeisterin erklärte, viele Einwohner seien mit dem Wunsch nach einer Kirche auf sie zugekommen. Eine Pfarrerin gibt es nicht, und die Gemeinde ist auch nicht Mitglied einer Kirche. Das ist unmöglich, denn die Gemeindemitglieder glauben an verschiedene Religionen. Sie vereint das Bedürfnis nach gemeinschaftlich gelebtem Glauben. Sie wollen gemeinsam Gottesdienst feiern und ein aktives Gemeindeleben ge-

stalten. Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, Gottesdienste vorzubereiten und durchzuführen. Geleitet und organisiert wird die Gemeinde von einem demokratisch gewählten Gremium, in dem alle Religionen vertreten sind. Ein Sprecher: „Auf der Erde verursacht religiöser Hass immer noch Gewalt und Krieg. Auf dem Mars können wir ökumenisch handeln und gemeinsam Gottesdienst feiern. Vermutlich weil wir uns alle kennen und aufeinander angewiesen sind. Jede einzelne Glaubensgemeinschaft allein war mit der Gründung einer eigenen Gemeinde überfordert gewesen, daher haben wir uns zusammengeschlossen. Es laufen auch schon Gespräche mit Vertretern der Marsreligion, wir würden gerne mit ihnen kooperieren.“

Der europäische Rat der Religionen war intensiv in die Planung des Projekts miteinbezogen, und wird auch weiterhin ein wichtiger Ansprechpartner sein. Eine Sprecherin: „Die Gläubigen haben sich aus Notwendigkeit zur interreligiösen Zusammenarbeit gefunden. Es wird Herausforderungen geben, wenn gegensätzliche religiöse Ansichten gegenüberstehen. Aber die Liebe zum Nächsten ist in allen Glaubensrichtungen verankert und ich bin sehr zuversichtlich, dass die Gemeinde mit der Lösung ihrer Konflikte ein positives Beispiel für die Menschen hier auf der Erde ist.“

10.000ster Trans*ritus gefeiert

Vorinformationen für Zuhörer*innen aus dem Jahr 2015: Sie sind vermutlich cisident, Sie finden ihr Geschlecht und Körper passen zueinander. Das Gegenteil davon ist transident. Den Weg vom einen in das andere Geschlecht nennt man Transition oder Geschlechtsanpassung. Seit 2019 bietet die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ihren Mitgliedern neben Taufe, Hochzeit und Beerdigung eine weitere Kasualie an: Den Trans*ritus. Er gibt

transidenten Menschen die Möglichkeit ihre Transition in der Kirche zu feiern und sich auf dem häufig anstrengenden Weg der Geschlechtsanpassung segnen zu lassen. Der Ritus basiert auf einer zentralen Segenshandlung sowie einer Sammlung verschiedener Texte, Liedern, Gebeten und Bibelstellen, die zu einer individuellen Liturgie zusammengestellt werden. Das geschieht in Zusammenarbeit von segnender und zu segnender Person. Der Ritus kann im kleinen Kreis oder als großer Gottesdienst gefeiert werden.

Zunächst wurde die Kasualie nur selten angefragt, doch seit der landeskirchenweite Werbekampagne 2023 wird das Ritual immer häufiger durchgeführt. Die gesegneten Menschen äußern sich sehr positiv, sie fühlten sich auf ihrem Weg bestärkt und in ihrem Christsein bestätigt. Der Wunsch nach einer Segnung wurde von transidenten Menschen selbst formuliert.

Auf dem Kirchentag 2011 gegründet sich der Arbeitskreis queer in Kirche und Theologie, der sich zunächst mit der Erarbeitung der Kasualie und dann ihrer Verbreitung widmete. Er besteht aus Theologen, Laien, transidenten und cisidenten Menschen. Seit 2015 befasst sich eine Gruppe der AKJ ebenfalls mit dem Thema, 2016 wurde der Trans*ritus erstmals in die Synode eingebracht, allerdings vergingen bis zur landeskirchenweite Einführung noch drei weitere Jahre. Nachdem Mitte der 2020 Jahre ein Segenstourismus von transidenten Menschen aus anderen Landeskirchen in die EKHN einsetzte bieten mittlerweile alle Kirchen der EKD die Kasualie an.

Jubiläumsfest – Evangelische Jugendbildungsstätten Hohensolms und Höchst werden zusammen 175 Jahre

Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an sang einst Udo Jürgens – die Jugendbildungsstätten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau können davon schon lange ein Lied singen. Für das kommende Wochenende haben beide zu einem großen Festakt eingeladen, um ihren gemeinsamen Geburtstag von 175 Jahren zu feiern. Passend zu dieser Festlichkeit gab es ein kleines Facelifting: ein neuer Anstrich, sowie diverse kleinere Renovierungen sollen sicher stellen, dass für den großen Tag alles gut aussieht. Die letzte große Renovierung liegt bereits 25 Jahre zurück, seitdem hat die EKHN aber erkannt, dass es wichtig ist, in ihre Jugendbildungsstätten zu investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren.

Die Jugendbildungsstätten Jugendburg Hohensolms und Kloster Höchst wurden ursprünglich in den Jahren 1321 und 1244 erbaut und sind seit den Jahren 1952 und 1957 in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Nachdem lange Zeit keine Renovierungsarbeiten vorgenommen wurden, und die Belegungszahlen einbrachen, da der Standard der Häuser nicht mit dem von Jugendherbergen mithalten konnte, beschloss die Synode im Jahr 2016 einen Sonderfond für Renovierung und Sanierung der Örtlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Diese konnten zum Reformationsjubiläum 2017 abgeschlossen werden. Seither stiegen die Belegungszahlen wieder deutlich an, sodass die Kirchenleitung im Jahr 2025 beschloss das Angebot für Konfirmand*innen vor Ort weiter auszubauen. Ein professionelles Team aus Gemeindepädagog*innen, Pfarrer*innen und engagierten Menschen vor Ort führt inzwischen seit nunmehr

15 Jahren Konfi- und Glaubenskurse während den Konfirmandenfreizeiten durch. Die Pfarerschaft der EKHN zeigt sich bis heute vom Projekt „Jugendbildungsstätten auf dem Weg in die Zukunft“ begeistert.

Das Herumdoktern an Haushaltsplänen hat ein Ende – nachdem die Einsparpläne jahrelang die Arbeit stark beschnitten haben kommt jetzt rettende Finanzspritze

Jahrelang dominierten Sparpläne, Kürzungen und Struktur-reformen die Arbeit in der EKHN. Doch nun verkündet das Finanzdezernat das Ende des Geldmangels. Aufgrund erfolgreicher Reformen innerhalb der Kirche und den Veränderungen im Weltwirtschaftssystem seien Einsparungen nicht länger nötig. Wachstum und Gewinnstreben gelten nicht länger als die Maximen guten Wirtschaftens, sondern Stabilität und Nutzen für das Gemeinwohl. Schulden und Kredite sind abgeschafft. Es herrschen weltweit gültige Lohnober- und untergrenzen.

Auch in der EKHN wurde einiges reformiert: Für die Entlohnung ist nicht mehr entscheidend, wie viel jemand in welcher Position arbeitet. Ganz nach dem biblischen Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg ist maßgeblich, wie viel jemand benötigt. Für die Berufswahl sollen nicht finanzielle Anreize, sondern Leidenschaft und Engagement entscheidend sein. Die Kirchenpräsidentin trägt wie die Reinigungsfachkraft Verantwortung für die Kirche, lediglich das Tätigkeitsfeld unterscheidet sich.

Die EKHN hat ihre Verwaltungsstrukturen durch Fusionen verkleinert, dieser Prozess begann Ende der 2010er Jahre mit den Dekanatsfusionen. Nach Abschluss der Reformen sind viele Mittel und Energien wieder frei geworden. Die EKHN

investiert momentan in die Verbesserung der eigenen Arbeit, etwa durch die flächendeckende Versorgung mit Gemeindepädagog*innen. Des Weiteren werden große überregionale Projekte wie das Konficamp und Öffentlichkeitskampagnen (z.B.: „Evangelische Geburtsvorbereitung – Lassen wir unser Kind taufen?“) gefördert. Es herrscht Aufbruchsstimmung, in allen Zentren, Fachbereichen, Dekanaten und Gemeinden wird eifrig an neuen Ideen gefeilt. Ein Zitat der Kirchenpräsidentin: „Jetzt, wo wir nicht mehr sparen müssen, können wir endlich wieder unseren Kernaufgaben nachgehen: Die Verkündigung des Evangeliums und die Liebe zum Nächsten!“

Schlusswort

Mit diesem letzten Beitrag sind wir am Ende unserer kleinen Zukunftstageschau gelangt. Wir hoffen es hat Ihnen und Euch gefallen und der ein oder andere Gedanke wurde nicht zu sehr auf die Goldwaage gelegt...

Was aber bleibt am Ende?

Ich glaube, den nötigen Ernst konnte man erkennen: wir brauchen eine Kirche, die sich verwandelt, die mit der Zeit, die an den Orten ist, an denen ihre Menschen sind und die Themen besetzt, die den Menschen zu Herzen gehen. Jetzt kann man natürlich sagen, dass ist nichts Neues, immerhin tut die EKHN dies auch an einigen Stellen, aber wir sind davon überzeugt, dass wir genau so eine Kirche in Zukunft brauchen werden – das ist genau das, was wir von der EKHN in spätestens 30 Jahren durch die Bank erwarten. Das größte Problem bei all der Träumerei dürften wahrscheinlich unsere finanziellen Mittel sein. Aber das allein darf keine Entschuldigung sein, denn auch der größte Reichtum nutzt nichts, wenn man seine Baustellen nicht erkannt hat: Wir leben in einer Gesellschaft, in der wir uns viel zu

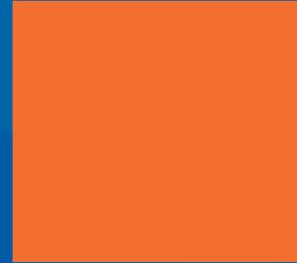
häufig über niedrige Geburtenraten beklagen. Dabei verlieren wir manchmal aus dem Blick, dass wir so viele Menschen, darunter vor allem junge Menschen haben, die wir als Kirche überhaupt nicht erreichen, die im besten Fall, wenn sie das Wort Kirche hören nicht gleich wegrennen, sondern nur mit den Augen rollen und auf Durchzug schalten. Wir als EJHN haben für dieses Problem jetzt kein Patentrezept als Lösung parat, sind uns aber einig, dass wir in diesem Punkt eindeutigen Nachbesserungsbedarf für die nächsten 30 Jahre haben und kommen zu dem Schluss:

»Den Nachwuchs können wir nicht allein den Geburtenraten überlassen, wir müssen noch mehr für ihn tun«

In den letzten Jahren hat sich aus Perspektive der Evangelischen Jugend viel an der Kommunikation mit ihrer Landeskirche getan. Spätestens seit der Einführung von Jugenddelegierten, haben wir gefühlt einen Dauerdraht zum Paulusplatz gelegt und können viele Themen ansprechen und stoßen auf Gehör – kleine Anmerkung: die Umsetzung dauert allerdings manchmal doch noch etwas länger. Trotzdem sind häufig wir diejenigen, die loslaufen und erzählen. Vielleicht würde es unserer Kirche an der ein oder anderen Stelle gut tun, wenn sie von ihrer üblicheren Komm-Struktur auf eine Geh-Struktur umstellt. Aus diesem Grund können wir nur sagen:

»Eine Kirche, die ihrer Jugend ein Ohr schenkt ist gut – eine Kirche, die aktiv auf ihre Jugend zugeht ist besser« 

Der Beitrag von Astrid Messerschmidt erschien in der Zeitschrift „das baugerüst“ Heft 1/2016 zum Thema „zusammen leben“ www.baugeruest.ejb.de



SYMPOSIUM
1985 – 2015 – 2045

Mutmaßungen über die Zukunft
der Jugendarbeit

